



Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-
Württemberg

📅 30.10.2019

BREXIT

„Erneuter Aufschub ist das kleinere Übel“



📷 Fotolia

Mit Blick auf die nun auch formal erfolgte Einigung der Staats- und Regierungschefs der EU27, dem Vereinigten Königreich eine weitere Verschiebung des EU-Austritts zu gewähren, sagte Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: „Ich halte es für den richtigen Weg, dass die EU nochmals auf unsere Partner im Vereinigten Königreich zugeht und ihnen die offenbar erforderliche Zeit gibt, zu einer politischen Einigung zu kommen.“

„Durch den erneuten Aufschub zieht sich das Austrittsprozedere zwar weiter in die Länge, aber dies ist angesichts der Alternative zweifelsohne das kleinere Übel. Wir müssen einen ungeordneten Brexit am kommenden Freitag unbedingt abwenden.“

Die Ministerin betonte: „Der baden-württembergische Exportrückgang nach Großbritannien macht

tragfähige Lösung brauchen. Denn nur Planungssicherheit schafft die Bedingungen für langfristig orientierte Geschäftsabschlüsse und Investitionen.“ Baden-Württemberg mit seinem starken Automobil- und Pharmasektor bekomme die Auswirkungen schon jetzt schmerzlich zu spüren. Die Exporte nach Großbritannien gingen laut einer aktuellen Studie der Beratungsgesellschaft Deloitte in den letzten drei Jahren um 32 Prozent zurück.

Hoffmeister-Kraut machte deutlich, dass die abermalige Verschiebung den nötigen zeitlichen Spielraum schaffe, um das Austrittsabkommen rechtsgültig werden zu lassen. Insgesamt liege jedoch noch ein weiter Weg vor allen Beteiligten: „Der Ball liegt nun wieder im Feld des Vereinigten Königreichs. Ich hoffe, dass das britische Unterhaus das Abkommen schon bald ratifiziert und wir den Blick dann nach vorne richten können. Für unsere exportorientierte Wirtschaft ist es entscheidend, dass ein möglicher Brexit-Deal von einem ambitionierten und umfassenden Freihandelsabkommen flankiert wird.“ Aufgrund des Votums des britischen Parlaments, am 12. Dezember Neuwahlen durchzuführen, ist eine Entscheidung über das Austrittsabkommen voraussichtlich nicht vor Anfang Januar zu erwarten.